Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier
Erscheint jeden Mittwoch

Extrablatt

Kriegs- und Spezialnachrichten des „Courier"
Erscheint jeden Donnerstag

Herausgegeben von der „Leidenschaftlichen Courier Publ. Co., Ltd."

C. C. Clemens
Geschäftsführer und Chefredakteur

Redaktion, Expedition und Druckerei: 1835—1837 Halifax Street Regina, Sask.
In der Nähe des Postamtes
P. O. Box 565. Telephon No. 2910.

Abonnementspreise:

„Der Courier"
Die große Mittwoch-Ausgabe von 16 oder 20 Seiten kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr

„Extrablatt"
Die Donnerstag-Special-Ausgabe mit vollen Telegrammen bei Vorausbezahlung $1.00 jährlich

Anzeigenpreise für kleine Publikationen unter Fa. werden auf Verlangen gern mitgeteilt.
Neue Reklamen gibt volle Informationen.
Geeignete Reklamen für „Kleine Anzeigen" wie: Stellen- und Arbeitsgesuche, Verkäufe, Käufe, Tausch, Mieten, Vermietungen, Gelegenheiten, Pensionen, Kostgänger, Logis, Verkäufe aller Art, kurze Anzeigen für geschäftliche Zwecke, gegen Vorausbezahlung:
für jede Anzeige 1 Zeile einmalig ... 50 Cts
für jede weitere Insertion ... 25 Cts
für jede Anzeige 2 Zeile einmalig ... 75 Cts
für jede weitere Insertion ... 50 Cts
für jede weitere Anzeige nicht über 10 Zeilen

Berichte und Mitteilungen für die Schriftleitung sowie Anzeigen und Bestellungen sollen an „Courier" Publishing Co. Regina, Sask. eintreffen, wenn dieselben noch Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.
Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedlungen werden jederzeit gern aufgenommen.

Die Leser werden gebeten, Adressenänderungen sofort mitzuteilen und dabei die alte und neue Adresse anzugeben; sowie immer die Expedition um sofortige Benachrichtigung, falls eine Zeitung einmal ausbleibt oder unregelmäßig eintrifft.

Für unse plattdütschen Frünn

Uns Waterkant

Von Paulo Wiese, Altona

Wat löwt ji all de Alpen, wat löwt ji
all denn Rhein —
Det gibt ok annerwegens manch
Flag, wo't hennig schenen.
Jk meen uns stillen Dörper, hier an
de Waterkant;
Blitzblanke Hüser winken nun Dick
in't wiethe Land.

Wie smuck is Finkenwader, wie smuck
is dat in Cranz,
Nun Dick dor kannst du sich'n Blank-
ness' in Oberndgland.
Und unner dit to Fenten, truckt stolz
de Elv vörbi,
Mit Dampfers, Scheep und Schuten,
se droht all greuten di. —

Vertellt die nun dien Heimat, vertellt
nun wiethe Fürn;
Nun Lüd, de jn ehr Vaderland ok
bleeven märn so girn.
Dreibst du dj üm, denn schimmert
manch smuck Huus übern Dieck,
Denn kümmt di't to Bewustsinn, —
Herrgott, wat hün ik rieck!

Am scheunsten aber sit dat in „schlen
Lann", wenn't illeucht. —
Nun Plummen, Birn und Kirschen,
wie rückt de Luft so jenkt!
Denn kannst du gahn in't Wiethe, de
Twiegen di herführn;
Jk wie'n Droom, slaumitt dat Land,
een Paradies up Jed'n!

London berichtet über Verlust von Handelsschiffen

London. — Die in der Woche, endend mit dem 25. Februar, in britischen Häfen eingelaufenen und von diesen Häfen ausgelaufenen Handelsschiffe aller Nationalitäten, mit einem Netto-Tonnengehalt von je über 100 Tonnen (ausgenommen Fischerbarken und kleinere Boote) belaufen sich auf: Einfuhr, 2,280 Schiffe und Ausfuhr, 2,261 Schiffe. Es sind mehr als 15 britische Handelsschiffe mit einem Tonnengehalt von je 1,600 Tonnen oder mehr und 6 Schiffe mit einem Tonnengehalt von weniger als 1,600 Tonnen versenkt worden. Zwölf britische Handelsschiffe wurden während der selben Zeit ohne Erfolg von Unterseebooten angegriffen und vier Fischerboote versenkt.

In der Woche endend mit dem 1. März sind 23 britische Schiffe versenkt worden, von diesen waren 14 je über 1,600 Tonnen groß.

Botschafter Gerard über die deutsche Gefahrzone hinaus

London, 2. März. — In einem drahtlosen Telegramm, welches von spanischer Dampfer „Infanta Isabel", an Bord dessen sich Botschafter Gerard mit seinem Stabe befindet, eingelaufen ist, heißt es: „Freitag, 8.30 Uhr abends, Mittwoch: Haben deutsche Gefahrzone ohne Zwischenfall passiert. Wetter ungenehm."

Neuer Gouverneur für Galizien

Amsterdam, 5. März. — Ein Telegramm aus Wien gibt bekannt, daß Kaiser Karl den General Grafen Huyn zum Gouverneur von Galizien ernannt hat. Generalmajor von Diller ist von dem von ihm bis jetzt innegehabten Posten zurückgetreten.

Indiens Beisteuer zur Tragung der Kriegskosten Groß-Britanniens

London, 6. März. — Die Regierung von Indien hat zur Beisteuer der Kriegskosten Groß-Britanniens eine Summe von 100,000,000 Pfund Sterling ausgesetzt. Die Summe soll zum Teil durch Anleihen, die in Indien selbst aufgenommen werden, und zum Teil durch Uebernahme der Zahlung von Zinsen der britischen Kriegsanleihe beschafft werden.

The Aim of the Foreign Language Newspapers of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them: To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: Inall ways to aid in making this country greater and better.

Ein Wort zur Schulvorsteher-Konvention

In der Ausgabe des „Courier" von voriger Woche begannen wir mit einem ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der diesjährigen großen Schulvorsteher-Konvention, dessen Fortsetzung unsere Leser an anderer Stelle (Seite 4) dieser Ausgabe finden. Es erübrigt sich also nur uns, hier auf die Verhandlungen selbst einzugehen. Nur ein kurzes Wort der Anerkennung und Genugtuung über das zielbewußte, einheitliche und mannhafte Auftreten der Vertreter der naturalisierten Bürger unserer Provinz sei hier gesagt. Soweit wir wissen, ist diese Konvention als Epoche machend in der Geschichte unserer Provinz zu betrachten. Es ist ja eine allgemein bekannte Tatsache, daß die verschiedenen Gruppen der nicht allein Englischsprechenden Bevölkerung der Provinz zusammen genommen die überwiegende Mehrheit unserer Gesamtbevölkerung darstellen. Bei dieser Konvention waren nun, und zwar unseres Wissens nach zum ersten Male, diese verschiedenen Gruppen so gut und vollständig vertreten, daß die Mehrheit der Vertreter der Schuldistrikte Saskatchewans bei dieser Konvention auch der Mehrheit der gesamten Bevölkerung entsprach. Das ist sicherlich ein erfreuliches Zeichen von echt canadischem Patriotismus, ein Beweis dafür, daß unsere eingewanderten und naturalisierten Bürger an den öffentlichen Einrichtungen unseres Landes, an der Entwickelung seiner Institutionen ein lebhaftes Interesse nehmen. Im Interesse der künftigen Entwickelung unseres neuen Heimatlandes Canada wird jedermann diese rege Beteiligung unserer naturalisierten Bürger am öffentlichen Leben und Wirken unserer Demokratie mit aufrichtiger Freude begrüßen müssen.

So war es denn nur natürlich, daß die Vertreter der oben erwähnten Gruppen unserer Bevölkerung bei dieser Konvention in jeder einzigen zur Verhandlung kommenden Frage den Ausschlag geben. Als die leidige Sprachenfrage wiederum zum Gegenstand der Beratung gemacht wurde, und zwar durch eine Resolution, die verlangte, daß in den öffentlichen Schulen Saskatchewans nur englische Lehrbücher benützt werden dürften, legte unser Freund Herr. P. M. Friesen, Nash Lake, in einer von echtem Patriotismus, von Begeisterung und Liebe für Canada getragenen Ansprache die Ansichten der naturalisierten Bürger der Provinz dar. Sein Zusatzantrag, über diese Resolution zur Tagesordnung überzugehen („To table the motion") d. h. der Resolution weiter keine Beachtung zu schenken, wurde von der Versammlung angenommen. Herrn Friesens Antrag hätte sicherlich eine weit größere Mehrheit erzielt, wenn die Bedeutung des Antrages allen Delegierten klar gewesen wäre. Da das nicht der Fall war, stimmten viele Delegierte, die in der Sache selbst genau Herrn Friesens Standpunkt teilen, gegen jenen Antrag.

Wie entscheidend die vorhandene Mehrheit unserer Freunde bei dieser Konvention war, zeigte sich bei den Wahlen. Herr Friesen, Nash Lake, wurde mit einer Mehrheit von etwa 130 Stimmen zum Präsidenten der provinzialen Schulvorsteher-Organisation gewählt. Herr J. D. Brown, Rosthern, schlug mit einer noch größeren Mehrheit den gegen ihn aufgestellten Reginaer Rechtsanwalt J. F. Bryant für das Amt des zweiten Vize-Präsidenten. In den geschäftsführenden Ausschuß der Schulvorsteher-Vereinigung wurden ferner folgende Herren gewählt, die dem Leserkreise des „Courier" angehören und vielen unserer Leser bekannt sein dürften:

Adam Huck, Vibank, C. P. Unruh, Hague, John Betz, Langenburg. Wir begrüßen es mit großer Freude, daß unsere Freunde so geschlossen für einen französisch-canadischen Delegierten, Herrn Gravel von Gravelbourg, eintraten. Herr Gravel wurde mit großer Mehrheit in den Ausschuß gewählt und vereinigte, obgleich nur etwa 80 französisch-canadische Delegierte anwesend waren, über 200 Stimmen auf sich.

Von Wichtigkeit war es, daß bei dieser Konvention einige unserer Delegierten, wie Herr Rechtsanwalt Buhr, Morse, als Stimmenzähler tätig waren.

Die Vertreter der nicht allein Englischsprechenden Distrikte dürfen mit der letzten Schulvorsteher-Konvention sehr wohl zufrieden sein. Sie stellt einen vollständigen und durchschlagenden Erfolg dar. Unsere Englischsprechenden Mitbürger werden sich sicher auch darüber freuen, daß unsere Freunde so regen Anteil an der Verwaltung der Schulangelegenheiten unserer Provinz nehmen. Die gemeinsamen Beratungen dürften dazu beigetragen haben, das gegenseitige Verständnis zu fördern und gegenseitige Wertschätzung und Achtung fester zu begründen. Wir sind der Meinung, daß die leidige Sprachenfrage nunmehr endgültig abgetan sein dürfte und wir in Zukunft in gemeinsamer, ruhiger und friedlicher Zusammenarbeit die erzieherischen Interessen fördern können.

Diejenigen Distrikte, die eine vollgültige Vertretung zur Konvention sandten, dürfen mit dem Gefühle der Befriedigung über eine treu erfüllte Pflicht auf diese Konvention zurückblicken. Diejenigen Distrikte jedoch, die sich nicht beteiligt haben, die bisher andere Distrikte Kampf und Lasten tragen ließen, sollten schon jetzt den Vorsatz fassen, im nächsten Jahre dafür zu sorgen, daß sie eine vollgültige Vertretung zu der jedesmal hoch wichtigen Schulvorsteher-Konvention entsenden.

Wichtige Bekanntmachung für Schulvorsteher, besonders für Sekretäre von Schuldistrikten

Die letzte Schulvorsteher-Konvention nahm eine Resolution an, durch die der Sekretär der Vereinigung beauftragt wurde, den Jahresbericht diesmal schon Ende Juni drucken zu lassen, und in diesem Jahresbericht ein Verzeichnis aller Schuldistrikte zu geben, die ihren jährlichen Beitrag bezahlt haben. Ferner ist in diesem Bericht anzugeben, wie viele Delegierte jeder Distrikt zur Konvention entsandte. Unsere von Einwanderern aus europäischen Ländern besiedelten Distrikte haben in dieser Beziehung sehr gute Resultate aufzuweisen. Es gibt aber immer noch viele, die es bisher versäumt haben, den geringen Jahresbeitrag von $1.00 für jeden Distrikt oder (wenn mehr als ein Delegierter gesandt wurde), von $1.00 für jeden Delegierten einzusenden.

Die Namen aller Distrikte, die nach vor dem 15. Juni d. J. ihre Jahresbeiträge für die Vereinigung einsenden, werden in dem Berichte erwähnt werden. Wir fordern deshalb unsere Leser dringend auf, den bis jetzt schon guten Rekord noch zu verbessern und dafür zu sorgen, daß jeder Distrikt der für 1917 noch nicht gezahlt hat, ohne weitere Verzögerung seinen Beitrag einsendet an:

**J. McCartin, Sec.-Treas.
Trustees Association,
Parishotel Block, Regina, Sask**

Ueber die zukünftige Einwanderung Canadas

Von J. S. Dennis, Assistent des Präsidenten der Canadischen Pacific-Bahn und Leiter der Abteilung für Kolonisation und Entwicklung

Der künftige Fortschritt der Dominion von Canada hängt in großem Maße von der Fortsetzung der Einwanderung, sowie von der richtigen Verteilung der Einwanderer ab, denn der Bau unserer Eisenbahnen, die Fruchtbarmachung unserer Industrien und unsere ganze nationale Tätigkeit ist auf ein größeres Anwachsen der Bevölkerung berechnet, als die natürliche Vermehrung ermöglicht.

Während der letzten zehn Jahre hat Canada, zum großen Teile auf dem Wege energischen öffentlichen Anzeichens, etwa 2½ Millionen Einwanderer herangezogen; eine Million von den Britischen Inseln, 900,000 von den Vereinigten Staaten und den Rest aus anderen Ländern. Der Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hatte dem Einströmen europäischer Elemente ein Ende und beeinflußte in weitem Maße die Einwanderung von den Vereinigten Staaten. Eines der ersten Dinge, die das Ende der Feindseligkeiten mit sich bringen muß — eine Sache, die von größter Notwendigkeit ist, wenn Canada sich den bedeutenden Platz in der Welt erhalten will, den es in letzter Zeit eingenommen hat — ist die Wiederaufnahme lebhaftester Werbetätigkeit für die Einwanderung.

Die Frage wird indessen nicht so einfach sein, wie in der Vergangenheit. Selbst vor Beginn des Krieges machten sich viele und schwierige Probleme fühlbar. Eines der vorwiegendsten unter ihnen war die Beschränkung der Einwanderung auf die Klasse, die sich auf dem Lande niederlassen und es bearbeiten will. Die Grundlage der glücklichen Weiterentwicklung muß zuerst Landentwicklung und ferner Industrieentwicklung sein; die letztere folgt natürlicherweise aus der ersteren, aber irgend ein Versuch die Ordnung umzukehren, muß zum Fehlschlag führen.

Mit Beendigung des Krieges wird sich das Problem der Einwanderung verschärfen. Eine der schwierigsten Fragen wird die der Nationalität sein. Aus Gründen des Nationalgefühles werden ganz neue Gesichtspunkte erwogen werden. Das Gefühl schreibt vor, daß die freien Gebiete Canadas mit Leuten britischer Abkunft bevölkert werden sollten, die Erwägung kalter Tatsachen dagegen wird Gedanken ganz anderer Art ans Licht bringen.

Der Höhepunkt canadischer Einwanderung wurde im Jahre 1912 erreicht. Im Fiskaljahre 1912 kamen nach Berichten der Dominial-Einwanderungsabteilung 402,343 Einwanderer in Canada an, und diese kamen aus etwa fünfzig verschiedenen Ländern. Aus dieser Gesamtzahl stammten 150,542, oder 37 Prozent aus den Britischen Inseln. Das folgende Jahr zeigte eine leichte Abnahme, aber auch andere britische überseeische Länder wie Australien und Neuseeland hatten in sogar noch größerem Maße eine Abnahme britischer Einwanderung zu verzeichnen. Dies dauerte auch noch während des Anfangs des Jahres 1914 fort, hätte sich jedoch ändern können, wenn nicht der Krieg ausgebrochen wäre, was natürlich die Sache noch verschlimmerte.

Es würde nicht richtig sein, anzunehmen, daß die Gesamtzahl der Frauen und Männer auf den Britischen Inseln, die sich für die Einwanderung eignen würden, abgenommen habe. Vielmehr zeigt, auch abgesehen von den Einflüssen des Krieges, der Durchschnittsbewohner der Britischen Inseln nicht mehr soviel Neigung zum Auswandern.

Ganz natürlicherweise müssen wir annehmen, daß beim Wiederaufbau der Nation in Großbritannien, wie in jedem anderen Lande, die größten Anstrengungen unternommen werden, nicht nur, um jeden Ackerbautreibenden im Lande zu halten, sondern auch, um die Arbeit auf dem Lande anziehender zu gestalten und das zustande zu bringen, was seit vielen Jahren der Traum der Reformer gewesen ist: Eine größere Ackerfläche in Großbritannien unter Kultur. Um es kurz zu fassen daher: Wenn Canada wieder anfangen wird, emsig für die Heranziehung von Ansiedlern zu arbeiten, so kann es dies nur gelegentlich auf den Britischen Inseln tun.

Die lebhafteste Tätigkeit in dieser Richtung muß es in den Vereinigten Staaten, im nordwestlichen Europa und unter gewissen anderen europäischen Völkern, mit Einschluß von Rußland, entfalten. In den Vereinigten Staaten allein wächst eine große Anzahl junger Leute auf der Farm auf, um diese dann zu verlassen und die Städte zu bevölkern, aus dem einfachen Grunde, weil es so sehr schwierig ist, Land zu einem niedrigen Preise zu bekommen. Jede Anstrengung muß gemacht werden, um diese Leute abzufangen und sie nach Canada hinzuziehen.

Die Wiederaufnahme der Einwanderung ist keine Frage, die man leichthin abweisen könnte. Mit ihr sind große Entwicklungsvorgänge verbunden, deren Ausgang wahrscheinlich eine dauernde Wirkung auf die canadische Nation ausüben wird. Es gehört z. B. zu den alltäglichen Gewohnheiten, über den „Hyphen" des Ausländers zu klagen, sowie über seine scheinbare Unfähigkeit, unsere Ideale von Bürgertum und Freiheit in sich aufzunehmen, während im Gegenteil der Fehler zuweilen in unserem eigenen Lande liegt. Die Erinnerungen des Neuankömmlings und seine natürlichen Vorurteile zugunsten des Landes seiner Geburt werden sich niemals rasch auslöschen lassen, sie werden aber unter dem Eindruck, abgesondert und verhöhnt zu sein, vielleicht niemals ganz verlöschen.

Es ist unvermeidlich, daß den Eingeborenen eines Landes im Einzelnen wie in der Gesamtheit ein gewisses Maß von Verantwortlichkeit zufällt, Neueinwandernde willkommen zu heißen, besonders wenn dieses Land Einwanderung besonders wünscht. Wenn dies allgemein erkannt und in praktische Tätigkeit umgesetzt wird, so wird sich der Neuankömmling schließlich in seiner veränderten Umgebung wohl fühlen. Andererseits wird der Mangel an solchem Geiste des Willkomms ihm gegenüber dahin wirken, daß er „hyphenated" bleibt.

Getreidebauerkonvention erledigt viele Geschäfte

(Fortsetzung und Schluß)

Da das allgemeine Publikum gewöhnlich nicht weiß, welche Qualität Gasolin oder Kerosöl in Fässern enthalten ist, wird die Regierung ersucht, gewisse Normen festzusetzen und Inspektoren zu ernennen, welche diese Normen kontrollieren, ebenso den Verkauf aller dieser Oele, ferner, daß die offizielle Norm und die Analysis auf den Fässern in lesbarer Weise angebracht werde, und die Inspektoren das Recht haben, den Verkauf von korrektem Gewicht zu erzwingen, wenn solche Oele gallonenweise verkauft werden.

Da sich die Arbeiterknappheit immer mehr fühlbar macht, und da die Farmer ständig von der Regierung aufgefordert werden, soviel Lebensmittel wie möglich zu produzieren, und da solche Produktion nur zustande gebracht werden kann, wenn die Farmer genügend Hülfe haben, soll der Canadische Ackerbau-Rat sich an die Dominial-Regierung wenden, um die Arbeiterknappheit durch folgende Maßregeln wenigstens teilweise zu beheben:

1. Deserteuren, welche Beweise bringen, daß sie im Sommer mindestens sieben Monate bei einem anderen Farmer gearbeitet haben, sollen nur gehalten sein, vier Monate im Winter anstatt sechs Monate auf der eigenen Farm zuzubringen.

2. Soldaten, welche sich noch in Canada befinden, sollen häufiger für Saat- und Erntezeit beurlaubt werden und während dieser Zeit auch ihre reguläre Löhnung erhalten, weil der Farmer oft nicht imstande ist, besonders hohen Lohn zu zahlen, und die Soldaten sonst nicht viel Lust hätten, aufs Land zu gehen.

3. Es sollen sofort Schritte unternommen werden, um die Furcht vor Konskription zu beseitigen, da dadurch viele Arbeiter von den Staaten abgehalten werden, zur Erntezeit nach Canada zu kommen.

Die Statuten der Vereinigung sollen so abgeändert werden, daß von nun an das Geschäftsjahr der lokalen Vereinigungen zur selben Zeit wie das Geschäftsjahr der Zentrale am 31. Dezember abläuft und alle Mitgliedsgebühren im voraus zahlbar sein sollen und alle vor dem 31. Dezember bezahlten Gebühren für das Jahr in Anrechnung gebracht werden, in welchem sie bezahlt werden.

Auf dem Deckel der Statuten soll das Datum angebracht werden, damit man stets weiß, ob die Statuten die neuesten Abänderungen enthalten oder nicht.

Die Getreidebauer sollen in jedem Jahre einen Sonntag beiseite setzen, welcher als Getreidebauer-Sonntag reserviert werden soll. Wenn möglich, soll derselbe Sonntag gewählt werden, welcher von den „Vereinigten Farmern von Alberta" gewählt worden ist.

Die Legislatur soll eine Vorlage einbringen, durch welche die Ausübung der „Chiropractic" gesetzlich zulässig gemacht wird.

Da verschiedenen Professionen durch den Schutz des Gesetzes, den sie besitzen, insofern, als sie die Kontrolle über dieselben ausüben, welche Profession praktizieren, übermäßige Forderungen für ihre Dienste erheben, wird die Regierung ersucht, für diese Professionen, unter welche die Aerzte, Tierärzte, Architekten und Rechtsanwälte zu rechnen sind, einen bestimmten Gebührentarif festzusetzen, der genau innegehalten werden muß.

Irgend ein Arzt, Zahnarzt oder Tierarzt soll in dieser Provinz zur Praxis zugelassen werden, wenn er ein Zeugnis von einer anerkannten Lehranstalt besitzt und ein angemessenes Examen besteht.

Diese Konvention begrüßt mit Freuden die von der Regierung angekündigte Vorlage über ländlichen Kredit und bittet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese bald in Kraft treten zu lassen.

Die jetzige Form der Hagelversicherung soll beibehalten und der Hagelversicherungsakt so abgeändert werden, daß besserer Schutz auf gleichmäßigerer Basis gewährt wird.

Die „Farmer's Non-Partisan-League-Plattform" wurde nach hitziger Debatte abgelehnt.

Eine Resolution, welche das Verbot der Einfuhr und Fabrikation von Margarine verbieten wollte, wurde abgelehnt.

Diese Konvention befürwortet die Annahme eines Systems von Vereinigten Schulen in Saskatchewan, das folgende Zwecke haben sollte:

1. Zusammenarbeiten der städtischen Schulen mit den benachbarten ländlichen Schulen, um industrielle Schulung aufrecht zu erhalten.

2. Die gegenwärtigen Organisationen, Schulhäuser und Distrikte beizubehalten.

3. Zusammenwirken bei Auswahl des Superintendenten für die Vereinigten Schulen, welcher alle Schulen im Distrikt beaufsichtigen und inspizieren soll.

4. Die Erhaltung der industriellen Abteilung durch reichliche Zuschüsse seitens der Regierung.

Diese Resolution wurde nach langer Debatte dem Geschäftsführenden Ausschuß zur Weiterberatung übergeben.

Diese Konvention bestätigt wiederum ihren Beschluß, daß Englisch die Unterrichtssprache in unseren öffentlichen Schulen sein soll.

Alle Gerichtsurteile sollen nur gegen das betreffende Land registriert werden, und die Beschreibung muß so klar sein, daß der Schuldner allein beschrieben wird.

Eine Reihe anderer Resolutionen mußten der vorgeschrittenen Zeit halber zurückgestellt werden und wurden dem Geschäftsführenden Ausschuß zur Weiterberatung übergeben.

Eine sehr erregte Debatte entspann sich bei der Resolution No. 20, welche wie folgt lautete:

Diese Konvention ist der Meinung, daß es wünschenswert ist, daß der Board der Direktoren einen größeren Einfluß auf die Leitung der Geschäfte der Vereinigung haben soll und mehr über die Arbeit des geschäftsführenden Ausschusses der Vereinigung auf dem Laufenden erhalten wird. Wir erachten es ferner für richtig, daß die Handels- und die Organisations-Abteilung gänzlich unabhängig voreinander sein sollen, und daß die Beamten, welche zur Führung dieser Abteilungen ernannt worden sind, ihre ganze Zeit ihren Pflichten widmen sollen und keine private oder öffentliche andere Stellung annehmen dürfen.

Zu dieser Resolution sprach vor allen Dingen verschiedene Distrikts-Direktoren, welche die Ansicht vertraten, daß ihnen nicht volle Würdigung zukomme, da sie zum größten Teil nicht wüßten, was der Geschäftsführende Ausschuß verhandele. Wenn sie dann auf ihren Organisationsreisen über verschiedene Punkte von den Mitgliedern gefragt würden, müßten sie zugestehen, daß sie ebensowenig wüßten wie die Mitglieder selbst. Dies sei ein unhaltbarer Zustand und wenn ihnen der Titel Direktor nur dem Namen nach zukommen solle, dann wäre es besser, man erwähle erst überhaupt keine Distrikts-Direktoren. Herr Musselman, welcher vom Präsidenten ersucht wurde, darauf zu erwidern, führte aus, daß er gemäß einem auf der letzten Direktorenversammlung gefaßten Beschlusse alle Direktoren ausführlichen Bericht erstattet habe über die Vorgänge der letzten Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses und daß er noch einen ähnlichen Bericht vor der Konvention erstattet haben würde, wenn die Zeit nicht zu kurz und er mit den Vorbereitungen für die Konvention nicht zu sehr in Anspruch genommen gewesen wäre. Im Uebrigen auf das Prinzip der Resolution zurückkommend, sagte Herr Musselman, daß der Titel Distrikts-Direktor eigentlich nur aus Höflichkeitsrücksichten bei der letzten großen Revision in der Konstitution gelassen worden wäre. Die Distrikts-Direktoren sollten eigentlich nur Distrikts-Organisatoren sein, der verstorbene F. W. Green habe sich jedoch gesträubt, den Titel abzuschaffen, nachdem er einmal in der Konstitution gewesen sei. Er für seinen Titel habe durchaus nichts dagegen einzuwenden, daß die Distrikts-Direktoren etwas besser unterrichtet sein und mehr an der Handhabung der Geschäfte teilnehmen sollten, er mache die Versammlung jedoch darauf aufmerksam, daß sich dadurch die Verwaltungskosten beträchtlich erhöhen würden, denn es koste jedesmal $500 bis $600, eine Versammlung sämtlicher Direktoren abzuhalten.

Außerdem sei eine solche Körperschaft auch viel zu groß, um eine einheitliche und wirksame Verwaltung zu gewährleisten. Wenn er im Amte bleibe, verspreche er bestimmt, jedesmal so ausführlich wie möglich Bericht über die Ausschußsitzungen zu erstatten, es sei jedoch unmöglich eine genaue Abschrift des Protokolls jeder Sitzung auszusenden, da manchmal Sachen verhandelt würden, die für die Oeffentlichkeit noch nicht reif seien, und mancher Plan könne dadurch gefährdet werden. Außerdem seien manche Verhandlungen noch so durchaus privater Natur, daß sie gar nicht ins Protokoll aufgenommen werden könnten. Die Direktoren bestanden jedoch darauf, daß sie besser unterrichtet sein sollten über die Vorgänge bei den Ausschußsitzungen und wurden in ihren Wünschen durch eine große Anzahl Delegierter unterstützt. Da die Debatte darüber persönlich zu werden drohte, wurde eine Resolution eingebracht, welche vorschlug, daß diese Sachen in einer besonderen Versammlung des gesamten Direktorenausschusses beraten werden und darüber am nächsten Tage der Konvention mit bestimmten Vorschlägen Bericht erstattet werden sollte. Die Verhandlungen über diesen Punkt wurden in einer Abendsitzung erledigt und endeten damit, daß der Geschäftsführende Ausschuß sich verpflichtete, das Protokoll über seine Sitzungen sofort nach Abhaltung derselben allen anderen Direktoren zukommen zu lassen und den Direktoren alle etwaigen Verhandlungen soweit wie möglich mitzuteilen. Die Direktoren sollen das Recht haben, Vorschläge darüber zu machen, wie die Geschäfte zu führen seien. Diese Lösung wurde von der Konvention gebilligt, und die Direktoren hoffen jetzt im Stande zu sein, einen größeren Einfluß auf die Geschäfte zu haben und zugleich in der Lage zu sein, auf Organisationsversammlungen Aufschlüsse über die Politik des Geschäftsführenden Ausschusses zu geben.

Eine andere Resolution, die eine erregte Debatte hervorrief, war eine Resolution, die besagte, daß es in den besten Interessen der Vereinigung liege, wenn die Saskatchewan Getreidebauer sich mit den „United Grain Growers Ltd.", vereinigten. Ehe in die Debatte eingetreten wurde, erbat sich Hon. Geo. Langley das Wort zu einer Erklärung. Hon. Langley sagte zunächst, daß die Erklärung, welche er abzugeben beabsichtige, in seiner Eigenschaft als Direktor der „Co-operative Elevator Co." abgegeben werde. Da die „Elevator Co.", doch eine Tochter der Getreidebauer-Vereinigung sei, so führte Herr Langley aus, und es den Geschäftsleitern der „Elevator Co." nicht unbekannt geblieben sei, daß durch die Knappheit an Kapital die Getreidebauer ihre Handelsabteilung nicht so führen könnten, wie es wünschenswert sei, habe man es für richtig gehalten, Vorschläge in Erwägung zu ziehen, wie man den Getreidebauern am besten helfen könne. Die „Elevator Co." sei den Kinderschuhen nunmehr entwachsen und stehe glücklicherweise jetzt auf eigenen, sogar ziemlich festen Füßen. Deshalb sei man zum Entschlusse gekommen, den Getreidebauern anzubieten, das Handelsgeschäft zu übernehmen, wenn es die Delegierten der Getreidebauern so wünschten. Er wolle durchaus keinen Zwang ausüben, aber die Tochtergesellschaft habe gedacht, daß es nur die Pflicht und Schuldigkeit sei, der ursprünglichen Vereinigung zu helfen, soweit es in ihren Kräften stehe. Der Vorschlag würde sich besonders günstig erweisen inbezug auf Waggonladungen von Gütern, die nicht verderblich sind und nur zu gewissen Jahreszeiten gebraucht würden wie z. B. Kohle. Diese würden im Sommer an Punkten, wo sich Elevatoren der „Co-operativ Elevator Co." befinden eingelagert und dann den Ortsgruppen nach Bedarf abgegeben werden. Dasselbe ließe sich auch mit Mehl und anderen Sachen tun. Herr Langley hob hervor, daß damit durchaus kein Druck ausgeübt werden solle, es sei kein Muß, aber wenn die Getreidebauer es wünschten, würde die Elevator Co das Handelsgeschäft übernehmen. Dieser Vorschlag kam natürlich sehr überraschend, und die Delegierten, welche darauf nicht vorbereitet waren, wußten zunächst gar nicht, wie sie sich dazu verhalten sollten, da sie von ihren Ortsgruppen keine Unterweisungen hatten. Die persönliche Meinung der Delegierten schien jedoch zu sein, daß der Schritt durchaus empfehlenswert sei. Andere waren der Meinung, daß es besser sei, wenn eine einzige große Farmerskompanie bestehe und diese befürworteten den Anschluß an die G. G. Co. oder, wie sie bald heißen werden, die „United Grain Growers". Die Mehrheit der Delegierten schien davon jedoch nichts wissen zu wollen, und eine Resolution wurde angenommen, welche besagt, daß die Konvention mit Freuden den Vorschlag der „Co-operativ Elevator Co." begrüßt und der Direktorenausschuß beauftragt werden soll, weitere Verhandlungen mit der „Elevator Co." zu führen und der nächsten oder einer besonderen Konvention darüber zu berichten. Die vorherrschende Meinung war, daß dies ein Schritt in der richtigen Richtung, und daß es besser sei, wenn die beiden Abteilungen der Vereinigung getrennt verwaltet würden.

Eine hitzige Debatte entspann sich auch über die Resolution, welche der Konvention die Annahme der Plattform der „Non-Partisan-League" empfiehlt. Da vorauszusehen war, daß diese Resolution eine heftige Debatte herbeiführen würde, war vorher beschlossen worden, die Zeit für die Erörterung auf 30 Minuten festzusetzen und jeder Seite, dafür und dagegen, 15 Minuten zu gewähren. Die Verfechter dieser Liga kamen hauptsächlich von Swift Current, wo die Liga ja gegründet worden sein soll. Es wurde von den Verfechtern ausgeführt, daß es Zeit sei, daß die Farmer sich unabhängig machten und eine eigene Partei bildeten, durch die sie in den Parlamenten vertreten sein würden. Beide politische Parteien seien nichts wert und gäben nichts um die Farmer, es sei also Zeit, daß die Farmer ihre eigene Partei gründeten. Die Sprecher gegen die Resolution betonten wieder, daß es keineswegs richtig sei, daß beide Parteien nichts wert wären, sondern daß es an den Männern liege, welche als Vertreter der Farmer in die gesetzgebenden Körperschaften gewählt würden. Wenn sich die Farmer die richtigen Männer aussuchten und sie auf bestimmte Punkte verpflichteten, dann würden die Farmer auch ohne eine dritte Partei die richtige Würdigung im Parlament finden. Nachdem noch ein Delegierter darauf hingewiesen, daß die Farmer ja jetzt ihre eigene Plattform angenommen hätten und es also nur an ihnen liege, solche Männer zu wählen, die sich verpflichteten, gemäß dieser Plattform zu handeln, wurde die Resolution mit ziemlicher Mehrheit abgelehnt.

(Fortsetzung von Seite 5)

Pastor Königs Nervenstärker

ist ein vorzügliches Mittel bei:

Nervenzerrüttung, Gehirnqual,
Schlaflosigkeit, Herzklopfen,
Kraftverlust, Neuralgie etc.

Machen Sie einen Versuch damit, und überzeugen Sie sich.

Preis per Flasche $2.50 nebst 10c für Porto.

Nur zu haben bei:

THE STANDARD MEDICINE COMPANY
1522 11th Ave., Regina, Sask.